

Widerspruchserklärung

gegen eine freiwillige Durchführung von COVID-19-Selbsttests an Schulen im Schuljahr 2020/2021

In den kommenden Wochen können Sie/kann Ihr Kind freiwillig einen COVID-19-Selbsttest in der Schule durchführen.

Sollten Schüler/innen bzw. Sorgeberechtigte nicht wünschen, dass eine Selbsttestung durchgeführt wird, so kann dies mit der Abgabe dieses Formulars gegenüber der Schule erklärt werden (Widerspruchserklärung).

Ihnen/dem Kind wird in diesem Fall kein Selbsttest durch die Schule ausgehändigt; Sie nehmen/es nimmt nicht an den freiwilligen Selbsttestungen teil.

Bitte beachten: Die Schule kann die Widerspruchserklärung nur berücksichtigen, wenn diese der Schule auch rechtzeitig vorliegt! Dafür, dass die Widerspruchserklärung die Schule auch rechtzeitig erreicht (Zugang), tragen Sie bzw. die Sorgeberechtigten die Verantwortung. Bitte geben Sie die unterschriebene Widerspruchserklärung in der Schule ab bzw. geben Sie diese Ihrem Kind mit.

Angaben zum/r Schüler/in

.....
Name

.....
Vorname

.....
Geburtsdatum

Daten eines Sorgeberechtigten bei Minderjährigen

.....
Name

.....
Vorname

.....
Telefonische Erreichbarkeit:

Dieser Widerspruch betrifft nicht die Vornahme von Testungen, die durch das Gesundheitsamt aufgrund infektionsschutzrechtlicher Vorgaben angeordnet werden können. Darüber wird das Gesundheitsamt Sie bzw. die Sorgeberechtigten informieren.

Ich widerspreche der Durchführung einer COVID-19-Selbsttestung für mich/mein Kind in der Schule:

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift eines Sorgeberechtigten bzw. Schüler/in

Ich willige ein in die Verarbeitung der personenbezogenen Daten von mir bzw. meinem Kind. Die Datenverarbeitung erfolgt ausschließlich zum Zweck der Dokumentation des Widerspruchs gegen die Durchführung von COVID-19-Selbsttests. Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten an Dritte findet nicht statt.

Die Einwilligung erfolgt auf freiwilliger Basis und kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ab Zugang der Erklärung dürfen meine Daten bzw. die meines Kindes nicht weiterverarbeitet werden. Sie sind unverzüglich zu löschen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der bis dahin erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Meine Widerrufserklärung werde ich an die Schule richten:

.....
Adresse der Schule

Aus der Nichterteilung der Einwilligung entstehen mir keine Nachteile.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift eines Sorgeberechtigten bzw. Schüler/in

Anlage - Merkblatt zur Erhebung personenbezogener Daten (Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO – Direkterhebung beim Betroffenen) – Widerspruch gegen die Durchführung der Covid-19-Selbsttestung in der Schule

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO – Direkterhebung beim Betroffenen)

Widerspruch gegen die Durchführung der Covid-19-Selbsttestung in der Schule

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Name und Anschrift der Schule

Kontakt:

Telefon

Fax

E-Mail

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten am zuständigen Staatlichen Schulamt

(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift: Datenschutzbeauftragter Staatliches Schulamt

Kontakt:

Telefon

Fax

E-Mail

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden ausschließlich zum Zweck der Dokumentation des Widerspruchs gegen die Durchführung der Covid-19-Selbsttestung in der Schule verarbeitet.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten verbleiben in der Schule an welche der Widerspruch gerichtet wurde.

5. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von 12 Monaten.

7. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogenen Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat die betroffene Person ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten besteht das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

9. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art.22 Abs. 1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt nicht mittels automatischer Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO.

10. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Die personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.